

## **Postulat über die Inkraftsetzung der Gesetzes- bestimmungen über Wegweisung und Littering**

eröffnet am 10. März 2008

Die Inkraftsetzung der neuen Gesetzesbestimmungen über Wegweisung und Littering soll mit einer wirksamen Kampagne zur Aufklärung und Prävention unterstützt werden.

Begründung:

Die Wegweisungsnorm und das Ordnungsbussenverfahren gegen Littering sind grundsätzlich repressive Massnahmen gegen die Störung/Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und gegen die Verunreinigung öffentlichen Eigentums. Mit dem Erlass dieser Massnahmen haben Parlament und Regierung für den öffentlichen Raum aber auch neue Werte gesetzt. Es ist damit zu rechnen, dass die beschlossenen Neuerungen nach zweiter Lesung innert Kürze in Kraft gesetzt werden.

Eine wirksame Aufklärungskampagne über Sinn und Zweck der neuen Bestimmungen wie auch über die neu geforderte gegenseitige Rücksichtnahme und Toleranz im öffentlichen Raum ist notwendig und sinnvoll, weil sie präventiv wirkt. Prävention muss unseres Erachtens der Repression vorgehen. Dies erscheint uns möglich, wenn die geforderte Aufklärungskampagne nicht allein durch die Polizei geführt werden muss, sondern von entsprechenden Dienststellen im Bildungs- und Kulturdepartement (Schul- und Berufsbildung) und im Gesundheits- und Sozialdepartement (Fachstelle für Gesellschaftsfragen) mitgetragen, mitgestaltet und/oder mit eigenen Aktivitäten unterstützt wird. Prävention erfordert ein umfassendes Tätigwerden für mehr Lebensqualität insbesondere im Interesse unserer Jugend unter Einbezug der Eltern, und zwar an Schulen, Ausbildungsstätten und in den Freizeitbereichen.

*Knüsel Kronenberg Marie-Theres*  
Schönberger-Schleicher Esther  
Willi Thomas  
Bucher Peter  
Brugger Kalfidis Pia Maria  
Muff Irene  
Frey-Neuenschwander Heidi  
Bühler Adrian

Duss-Studer Heidi  
Zängerle Pius  
Chrétien Merz Jeannette  
Roos Willi Marlis  
Bründler-Lötscher Bernadette  
Peyer Ludwig  
Dissler Josef